

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementspreis 3 M. pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Unser Verband im Jahre 1928.

Die Aufgaben der Gewerkschaften sind seit Beendigung des Krieges und dem Vordringen demokratischer Prinzipien in Politik und Wirtschaft außerordentlich gewachsen. Die Jahrbücher der einzelnen Verbände geben uns hiervon ein beredtes Bild. Auch der Inhalt unseres soeben herausgegebenen Jahrbuches über 1928, in dem der Verbandsvorstand über seine Tätigkeit Bericht erstattet, zeigt, daß sich das Aufgabengebiet unseres Verbandes sehr vergrößert hat. Um hier nur ein Beispiel anzuführen, so sucht man in den Jahrbüchern der Vorkriegszeit vergebens nach einem Abschnitt über die Tätigkeit des Verbandes für den beruflichen Nachwuchs des Gewerbes, während diese jetzt eingehend gewürdigt wird. Betriebsvertretungen gab es damals ebenfalls nicht. Auch den Wirtschaftspragen und den damit eng zusammenhängenden Arbeitsmarktverhältnissen schenken die Gewerkschaften mehr als je ihr Augenmerk. Das Jahrbuch über 1928 beginnt mit deren Betrachtung. Es wird darin die Auffassung vertreten, daß trotz mancher krisenhaften Erscheinungen, besonders in der zweiten Hälfte des Jahres, von einer befriedigenden Konjunktur gesprochen werden kann. Allerdings wurde, je weiter das Jahr 1928 zur Reize ging, ein um so größeres Abflauen der Konjunktur bemerkbar. Insgesamt ging aber die industrielle Produktion 1928 noch weit über die der Jahre 1925 und 1926 hinaus, was allerdings auch mit auf die seitdem verstärkte durchgeführte Rationalisierung zurückzuführen ist. In einer Reihe von Beispielen, besonders aber die Produktionsverhältnisse in den Schlüsselindustrien, wird der trotz alledem günstige Stand der deutschen Wirtschaft nachgewiesen.

Besonders eingehend wird aus naheliegenden Gründen die Wirtschaftslage im Baugewerbe behandelt. Erfreulicherweise ist die Anzahl der erstellten Bauten 1928 höher als im Jahre vorher, trotzdem die Bautätigkeit in den ersten Monaten des Jahres sehr gering und auch am Ende des Jahres wegen des starken Frostes stark behindert war. In den Großstädten hat die Wohnungsnot aber noch keineswegs nachgelassen, und auch die immer notwendiger werdende Sanierung alter Stadtteile zwingt zu beschleunigtem Wohnungsbau. Insgesamt wurden 1928 309 782 Wohnungen erstellt gegenüber 288 635 im Jahre 1927.

Trotz dieser verhältnismäßig günstigen Situation auf dem Bauplatz haben sich die Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe wesentlich verschlechtert. Daraus geht hervor, daß die Konjunktur im Malergewerbe und die Arbeitsmöglichkeiten in diesem auch noch von andern Faktoren beeinflusst werden. Tatsächlich ist der größte Teil der Berufskollegen mit Renovierungsarbeiten beschäftigt, die aber aus den schon oft erwähnten Gründen (Mietgesetzgebung, geringer Wechsel der Wohnungen usw.) keineswegs in früher gekanntem Umfang ausgeführt werden. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren eine Ueberfüllung des Gewerbes mit Lehrlingen stattgefunden hat, indem an jedem Oftern 10 000 bis 11 000 Gehilfen neu in den Beruf eintraten. Die veröffentlichten Zahlen zeigen, daß während elf Monate des Jahres 1928 mehr Kollegen als im Jahre 1927 erwerbslos waren, wozu noch manche andere Momente die Ursache bilden, zum Beispiel einfachste Arbeitsausführung, das überhandnehmende Kleinmeisterstum und im letzten Winter die ungünstige Witterung. Bei unsern Lackiererkollegen spielt auch die Rationalisierung (Spritzverfahren) eine die Arbeitsmöglichkeiten einschränkende Rolle. Wie es in den Industriezweigen, in denen die Lackiererkollegen tätig sind, 1928 ausfiel, ist im Jahrbuch eingehend geschildert.

Unter diesen Umständen betrachtete der Verbandsvorstand die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für die Kollegenschaft als eine seiner wichtigsten Aufgaben. Bezirksleiter und Filialen wurden angewiesen, das Menschenmögliche auf diesem Gebiet zu leisten und zusammen mit den Arbeitgeberern unseres Gewerbes bei allen Stellen, die auf die Vergebung von Malerarbeiten Einfluß haben, vorstellig zu werden. Das ist dann auch in vielen Fällen mit Erfolg geschehen. In 31 Filialen, die genaue Zahlen angeben, wurden 1214 Kollegen im Durchschnitt acht Wochen in Arbeit gebracht. In Wirklichkeit ist diese Zahl aber sicher bedeutend höher, da die meisten Filialen

genaue Angaben nicht machen konnten und deshalb keine Zahlen nannten. Aus 17 Filialen wurde berichtet, daß in ihnen auf Grund unseres Vorgehens 709 800 M., außerdem eine halbe Million Franken, zur Ausführung von Malerarbeiten zur Verfügung gestellt wurden.

### Das Verbandsorgan.

Du bist die Stimme unsres Willens und rufft die lahmen Geister wach, daß sie die Latkraft des Erfüllens aus Dunkel tragen in den Tag; daß sie sich immer neu besinnen auf blutende Notwendigkeit, daß endlich, endlich sie beginnen, zu nützen reichgeschenkte Zeit!

Du bist uns Weiser auf dem Wege zu goldner Freiheit hehrem Ziel, du räumest fort das Sperrgehege, das Grenzen zieht dem Kampfespiel! Du zeigst uns neu erstiegte Kronen, die sonnenhell mit goldnem Strahl nach langem Mühen und hartem Fronen bekränzen unsrer Stürmen Wall!

Du bist das Schwert, das stets geschliffen, bereit ist zum Vernichtungskrieg; das, wenn wir seinen Anruf ergreifen, die Pforten sprengt vom Zukunftsreich! Wir halten blank die scharfe Klinge, sie wird erst in der Scheide ruh'n, wenn unsres Mutes Adlerschwinge vollbracht das vorgelesene Tun!

Du bist das Sprachrohr der Gedanken, d'raus unsrer Brüder Stimme tönt; Du feuerst an das laue Wanken des Zweifels, der sich eingewöhnt! O möchte jeder Bruder hören auf deinen brünstig lauten Ruf; Möcht' er zu deiner Fahne schwören, die uns durch Dickicht Wege schuf!

Du bist das Licht, das seine Strahlen erhellend wirft in Finsternis; das in Intrigen und Rabalen hineinbrennt einen breiten Riß! Durch diesen Riß wird jäh entfliehen das schwarzhierende Geschmeiß, das vampyrleich uns möcht' entziehen der Latkraft Blut, des Kampfes Preis!

Sei du uns weiter Hort und Segen gen dunkler Nibelungen Nacht, und führ' uns einig ihr entgegen, daß wir erbrechen ihren Schacht! Dann wird ersterben List und Drohen, ein neues Land wird uns erstehn, wo strahlend Freiheitsfeuer lohen und unsres Sieges Banner wehn!

August Steinbrügger.

Unsere Bemühungen wurden weitestgehend unterstützt durch den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung mit dem Sitz in Berlin, der eifrig bestrebt ist, alle Bevölkerungskreise auf den Wert des rechtzeitig erneuerten Anstrichs hinzuweisen und dem der Verband als korporatives Mitglied angehört. Auch der Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild unterstützt, mindestens indirekt, unser Vorgehen, weshalb wir uns auch an dessen Arbeiten beteiligen.

Die große Zahl der trotzdem im verfloßenen Jahre vorhandenen arbeitslosen Kollegen zwang den Verbandsvorstand, aufs schärfste darüber zu wachen, daß ihre Verhältnisse nicht durch die Gesetzgebung ungünstiger gestaltet wurden. Manche geplante Verschlechterung konnte abgewehrt werden, aber der Kampf, der gerade jetzt über eine Neugestaltung der Erwerbslosenversicherung tobt, zeigt deutlich, daß wir auch fernerhin auf dem Posten sein müssen, um die Lage der Kollegen, die schon auf Grund der großen Arbeitslosigkeit viel zu wünschen übrig läßt, nicht noch schlechter werden zu lassen.

Zu der Arbeitslosigkeit, von der — wie auch alle Erhebungen unseres Verbandes beweisen — in jedem Jahre

große Teile unserer Kollegen betroffen werden, kommen noch mancherlei Gesundheitschäden, denen die Angehörigen des Malergewerbes ausgesetzt sind, hinzu. Seit Jahrzehnten führt unser Verband dagegen einen zähen, energischen Kampf, ohne aber in allen Punkten zum Ziel zu kommen. So ist zum Beispiel die Ratifizierung des schon 1921 in Genf beschlossenen Abkommens über die Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe immer noch nicht durch den Reichstag erfolgt, weil die Bleiweißindustriellen und die hinter diesen stehenden Kreise immer neue Schwierigkeiten aufstürmen. Die große Zahl von Berufserkrankungen, die auch im letzten Jahre aus den Filialen gemeldet wurden, veranlaßten den Verbandsvorstand, der dieses Gebiet bearbeitenden Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene auch weiterhin größte Beachtung zu schenken.

Das Jahrbuch berichtet weiter, daß die Kollegen auch noch von andern Gefahren bedroht sind. So berichten schon seit Jahren Filialen von einer steigenden Zahl der Berufsunfälle, was aus den folgenden Angaben deutlich hervorgeht. Im Jahre 1925 meldeten 53 Filialen 141 Unfälle, 1926 64 Filialen 208 Unfälle, 1927 80 Filialen 343 Unfälle, 1928 aber 73 Filialen 439 Unfälle, davon 8 tödliche. Unsere Forderung auf erhöhten Bauarbeiterchutz und vermehrte Anstellung von Bauarbeiterschutzkontrolloren, die möglichst, um die Praxis zu kennen, aus den Bauarbeiterkreisen zu entnehmen sind, ist damit — so sollte man wenigstens erwarten — bestens begründet. Der Vorstand versprach sich auch von der Herausgabe einheitlicher Unfallverhütungsvorschriften — jetzt sind diese in allen Landesstellen verschieden — einen Fortschritt und hat zusammen mit den andern baugewerblichen Verbänden versucht, ihre Einführung zu erreichen. Zum Abschluß ist die Angelegenheit, besonders wegen des Widerstandes der Baugewerksberufsgenossenschaften, nicht gekommen. Bei der zunehmenden Verwendung des Eisens, vornehmlich zum Skelettbau bei Hochhäusern, und dem Mangel an Unfallverhütungsvorschriften, die auf derartige Bauweisen anzuwenden sind, machte der ADGB, an den Reichsarbeitsminister den Vorschlag, entsprechende Vorschriften, die in Preußen in Vorbereitung sind, in die Reichsverordnung zum Schutze der Bauarbeiter aufzunehmen. Ob die Regierung bereit sein wird, den Wünschen der Gewerkschaften zu entsprechen, ist noch nicht zu übersehen.

Allgemein wird dem beruflichen Nachwuchs große Beachtung geschenkt; sicher mit Recht, denn von diesem werden die Verhältnisse im Gewerbe in Kürze stark beeinflusst werden. Auch unser Verband widmet sich seit Kriegsende und — wie die Jahresberichte selbst zeigen — mit steigendem Erfolg der Aufgabe, die Jugend organisatorisch zu erfassen und sie sachlich und gewerkschaftlich zu schulen. Aus ihrer zünftlerischen Einstellung heraus sehen die Arbeitgeber darin aber einen Einbruch in ihre durch die Gewerbeordnung verliehenen Rechte und sehen unsern Bestrebungen energischen Widerstand entgegen. Trotzdem ist es uns um den weiteren Fortschritt nicht bange, denn das Alte und Ueberlebte wird dem Neuen und Fortschrittlichen eines Tages Platz machen müssen. Die Zeit wird auch auf diesem Gebiet für uns wirken und uns Erfolge einheimen lassen. 1928 wurden erstmalig fünf Jugendleiterkonferenzen abgehalten, die alle einen erfreulichen Verlauf nahmen und von dem Interesse, das man der Nachwuchsfrage widmet, Zeugnis ablegten. Ein Jungentreffen fand anlässlich des Gewerkschaftskongresses im September 1928 in Hamburg statt, worüber seinerzeit im „Maler“ berichtet worden ist. Daß die Werbearbeit von Erfolg gekrönt war, geht aus folgender Aufstellung hervor: Am Schluß des Jahres 1927 waren in 146 Filialen 6003 Jungkollegen organisiert, ein Jahr später, also 1928, aber 8004 in 159 Filialen. Erfreulich ist, daß die Bewegung nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe geht. Davon zeugen die bedeutend höheren Zahlen, wie sie aus den Berichten der Filialen über die Veranstaltungen für die Mitglieder der Jugendabteilungen hervorgehen.

Daß 1925 im Vorstand eine Zentralstelle für die Lackierer geschaffen wurde, wird allen Kollegen bekannt sein. Sie hat, wie aus dem Jahrbuch ersichtlich

1928 eine große Arbeitslast bewältigt, denn neben der Aufarbeitung der Fragebogen zur Erforschung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lackiererkollegen lag ihr die Vorbereitung der 5. Lackiererkonferenz ob. Auch die Beobachtung der gewerbehygienischen Fragen erforderte ihre volle Aufmerksamkeit, besonders weil in den Lackierereien das Spritzverfahren mehr und mehr eingeführt wird. Eine auf der Lackiererkonferenz angenommene Entschliessung zeigt unsere Einstellung zur Spritztechnik und maschinellen Arbeitsweise.

Ueber die Betriebsvertretungen hat sich der Verbandsvorstand 1928 durch einen Fragebogen des näheren orientiert. Es zeigte sich auch diesmal, wie schon in den Vorjahren, daß auf Grund der besonderen Struktur unseres Gewerbes, das als typisches Kleingewerbe anzusprechen ist, noch nicht die Hälfte der Kollegen durch einen Betriebsrat oder Obmann vertreten sind.

Erfreuliches wird von den Sozialbetrieben im Malergewerbe berichtet, denn nicht nur die Zahl der darin beschäftigten Kollegen hat zugenommen, sondern auch ihre finanzielle Lage hat sich gebessert. Insgesamt waren in 38 Betrieben 1322 (1927 in 43 Betrieben 1070) Kollegen und Lehrlinge tätig.

Die Maler-Internationale hielt ihre 6. Konferenz vom 4. bis 6. Juli in Kopenhagen ab, die als Jubiläumskonferenz zum 25jährigen Bestehen der Internationale ein besonderes Gepräge erhielt. Erstmals nahm an einer derartigen Konferenz ein Vertreter des englischen Bruderverbandes teil, auch ein Vertreter des amerikanischen Malerverbandes war anwesend. Dem Sekretariat waren Ende 1928 14 Verbände und Berufssektionen mit 241 199 Mitgliedern angeschlossen.

Ueber alle sonstigen organisatorischen und verwaltungstechnischen Fragen wird in einem besonderen Abschnitt des Jahrbuches berichtet. Der Werbearbeit wurde große Beachtung geschenkt und, wie sich aus dem Kapitel über die Mitgliederwerbung ergibt, auch mit erfreulichem Erfolg. Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 48 748 am Ende des Jahres 1927 auf 56 813 am Schlusse 1928, was einen Zuwachs von 8067 Mitgliedern = 16,5 % bedeutet.

Von den Verbandszeitschriften ist seit Beendigung der Inflation nur Gutes zu berichten. Sie konnten seitdem einen bedeutenden Ausbau erfahren, und auch ihre Auflage ist im dauernden Steigen. Das seit dem 1. April 1925 bestehende „Fachblatt der Maler“ erfreut sich bei einem Teil der Kollegen großer Beliebtheit. Es muß aber versucht werden, diesen Kreis noch zu erweitern. Auch außerhalb unserer Reihen findet das Fachblatt allgemeine Anerkennung.

Die Tätigkeit der Bezirksleiter und Filialverwaltungen kann das Jahrbuch nur kurz andeuten. Es ist außerordentlich viel, was von jedem angestellten Kollegen in unserer Organisation verlangt wird, aber auch die ehrenamtlich tätigen Kollegen haben oft eine gewaltige Arbeitslast auf sich zu nehmen. Die neuzeitliche Entwicklung des Arbeitsrechts hat besonders alle in der Gewerkschaft als Funktionäre Tätigen vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt. Das Wohl der Kollegen verlangt es von ihnen, sich damit eingehend zu beschäftigen und die neuen Möglichkeiten im Interesse der Kollegen auszuwerten. Auch in den Ausschüssen zur Regelung von Lehrlingsstreitigkeiten üben die Vertreter der Filialen eine segensreiche Tätigkeit aus.

Daß im Jahrbuch über die Verhandlungen des Beirats und auch der 21. Generalversammlung zusammenfassend berichtet wird, soll hier nur erwähnt werden, denn ein Eingehen darauf verbietet der zur Verfügung stehende Raum. Erinnerung soll nur daran, daß die Invalidenunterstützung nach eingehenden Beratungen im Prinzip von der Generalversammlung angenommen wurde und die endgültige Annahme später durch eine Urabstimmung erfolgte.

Die Kassenverhältnisse sind, wie in den Jahrbüchern für die Jahre vorher, auch diesmal gut detailliert geschildert, so daß sich die Kollegen aus dem Jahrbuch darüber bestens informieren können. Es wird jeden Kollegen mit Stolz erfüllen, wenn er aus den Zahlen entnimmt, daß der Kassenbestand auch 1928 weifer angewachsen ist, womit die Gewähr gegeben scheint, daß der Verband auch künftig in der Lage ist, seine Aufgaben voll zu erfüllen. Und das, trotzdem die Ausgaben für die verschiedensten Unterstützungszwecke wieder sehr erheblich waren.

Der trotzdem günstige Kassenabluß konnte natürlich nur auf Grund einer guten Beitragsleistung erfolgen. So betragen die Einnahmen aus Beitragsleistung für die Hauptkasse 1 966 106,35 M. (1927: 1 638 747,40 M.), also ein Mehr von 327 358,95 M., und auch die Einnahmen der Lokalkassen waren um etwas über 100 000 M. höher als im Jahre 1927. Das Resultat wäre aber ein noch bedeutend günstigeres, wenn nicht die Entnahme von Erwerbslosenmarken auf Grund der großen Arbeitslosigkeit eine außerordentlich große Höhe erreicht hätte. Insgesamt wurden 405 911 Erwerbslosenmarken geklebt, oder acht je Mitglied, so daß jedes Mitglied im Jahre nur 44 Vollbeiträge entrichtet hat.

In einem besonders Abschnitt beschäftigt sich das Jahrbuch mit den Arbeitgeberverbänden und übrigen Gewerkschaften in unserem Gewerbe. Auch die darin gemachten Angaben sollten das Interesse aller Kollegen finden, denn es ist nicht nur wichtig, unsere eigene Organisation zu kennen, sondern man muß auch von den

unsern Bestrebungen in vieler Hinsicht entgegenwirkenden Kräften wissen.

Damit haben wir die wichtigsten Kapitel im Jahrbuch außer dem Abschnitt über die Tarif- und Lohnbewegung, über die schon in den Nummern 80 und 81 des „Maler“ berichtet wurde, kurz hervorgehoben. Das Jahrbuch enthält, wie schon aus dieser Aufzählung hervorgeht, eine Fülle wichtigen Materials für alle Kollegen. Es gehörte deshalb eigentlich in die Hand eines jeden Mit-

## Der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung!

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz war von allem Anfang an den heftigsten Angriffen der gesamten bürgerlichen Reaktionen ausgesetzt. Es bewahrheitet sich, daß diejenigen, die feinerzeit behaupteten, daß ein großer Teil der Bürgerlichen im Reichstage nur aus Wahlangst für das Zustandekommen des Gesetzes gestimmt haben, haben Recht behalten. Denn die heftigen Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung bewiesen, daß es der geschlossenen bürgerlichen Reaktion im Reichstage nicht auf die Abstellung vorhandener Mängel bei diesem Gesetz ankommt, sondern ganz klar ist ihr Bestreben, einen Abbau der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen, zu erkennen. Die Einleitung zu den heftigen Beratungen über die „Neugestaltung des Gesetzes“, also zum Abbau der Unterstützung, wurde durch eine beispiellose Schwindelbegehr der bürgerlichen Presse besorgt. Schrieb man doch sogar, daß sich „Arbeitslose Autos gekauft haben“. In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ erschien folgender poetischer Erguß:

Wer die Arbeit hat erfunden  
Hat ans Stempeln nicht gedacht,  
Sonst hätte man sich nicht so lange  
abgerackert und geplagt.

Und in der Nummer 19, 1929, desselben Blattes ist zu lesen:

Leben ist jetzt ein Vergnügen  
Hier auf dieser schönen Welt  
Ist der Ausweis uns gestempelt,  
Dann erhält man auch sein Geld.  
Warum soll man da noch schaffen  
Wenn das Nichtstun wird bezahlt?  
Mögen Dumme schwitzen, pusten,  
Ob es warm ist oder kalt.  
Darum, liebe Stempelbrüder,  
Macht Euch keine Sorgen mehr!  
Pflicht des Staates ist's zu sorgen  
Für den Stempelpensionär.

So, wie die Großindustriellen gegen die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ankämpfen, machen es auch die Innungsmeister. Zur Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung wurde folgender Antrag der Herren „Meistern“ jedenfalls sehr angenehm ist, in einem Innungsblatt abgedruckt:

Die Arbeitslosenunterstützung wird gewährt vom Tage der Arbeitslosmeldung ab nach Ablauf von 8 Tagen in Lohnklasse I

9	II
11	III
13	IV
15	V
17	VI
19	VII
21	VIII
24	IX, X u. XI.

Die Wartezeit vermindert sich dabei für jeden zuschlagberechtigten Angehörigen um ¼ höchstens 1 Tag in Lohnklasse I

1	II
1 ½	III u. IV
2	V u. VI
2 ½	VII, VIII, XI, X u. XI.

Bei den Angriffen der Unternehmer und der bürgerlichen Presse gegen die notwendigen Unterstützungen dürfen natürlich auch die Verräter aus Arbeiterkreisen, die sich zum Faschismus zählen, nicht fehlen. Neben den vielen bakenkreuzlerischen Gruppen und Grüppchen in Deutschland machen die Nationalsozialisten in letzter Zeit viel von sich reden. In einem Programm, das durch den Alldeutschen Verlag zum Versand kommt, heißt es unter Ziffer 1:

Umwandlung der Sozialversicherung in reine Selbsthilfe. (Kein Arbeitgeberbeitrag, kein Reichszuschuß.)

Selbstverständlich fehlt in der bürgerlichen Presse auch bei der Bekämpfung dieser Unterstützung nicht der Hinweis auf unsere volkswirtschaftlichen Belastungen durch den verlorenen Krieg. So heißt es zum Beispiel, um nur eines herauszugreifen, in der „Neuen Preussischen Kreuzzeitung“ vom 9. August 1929:

„Der Sachverständigenausschuß, der über die künftige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung entscheiden sollte, ist bekanntlich zu einem Kompromiß gekommen, das keiner von beiden Seiten genügt. Die Gewerkschaften sind mit einer gewissen Schwägerung der Leistungen unzufrieden, die Wirtschaft aber sieht sich mit einer Steigerung der Versicherungsbeiträge um ½ einer neuen Mehrbelastung ausgesetzt, die das herrschende Grundübel der Sozialversicherung — Leistungen ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit — formwuchern läßt. Wenn in dem neuen Deutschland wirklich gepart werden soll — gepart in dem Sinne tatsächlichen Verzichtes auf Aufwendungen, die nur der Wohlhabende sich leisten kann —, so muß die Opfer- und Verzichtsbereitschaft zugunsten des gemeinen Bestens der leitende Stern sein.“

gilebes. Wer es durcharbeitet, wird erkennen, wie umfangreich, aber auch wie segensreich die Tätigkeit der Gewerkschaften und nicht zuletzt auch unseres Verbandes auf den verschiedensten Gebieten ist, und daß nur durch den festen Zusammenhalt in der Organisation solche Erfolge möglich sind. Wer mit dazu beitragen will, daß der Verbandsvorstand im Jahrbuch für 1929 noch von größeren Erfolgen berichten kann, der stelle sich mit seinen ganzen Kräften in den Dienst unserer Organisation.

Wie sieht nun die geringe Schwägerung der Leistungen nach den Beschlüssen der Sachverständigen aus? Mit stark wechselnden Mehrheiten hat dieser Ausschuss seine Beschlüsse zustandegebracht. Die Aufgabe der Beseitigung des Defizits der Reichsanstalt 275 Millionen und Abdeckung der entstandenen Reichsschuld von 350 Millionen konnte nicht auf einmal gelöst werden, weil die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Die Beschlüsse bedeuten jedoch eine ganz ungeheure Verschlechterung gegen die bisherigen Bestimmungen. So soll der

Begriff der Arbeitslosigkeit schärfer definiert werden. Jede Arbeit soll ohne Rücksicht auf die Vorbildung und das Berufschicksal angenommen werden.

Bei Arbeitsablehnung soll die Sperrfrist von bisher vier Wochen verlängert werden.

Die Höhe der Leistungen soll abhängig gemacht werden von der Zeit der Anwartschaft und der Beitragshöhe. Der Unterstützungsort soll in Zukunft maßgebend sein für die Höhe der Unterstützung. Es wird also das Lohnniveau in den Kleinstädten und auf dem Lande bei der Berechnung zugrundegelegt.

Eine Ausnahmeregelung tritt ein für Heim- und Saisonarbeiter. Neben verlängerter Wartezeit sollen die Unterstützungsätze bis auf die Höhe der Krisenunterstützung reduziert werden.

Nach einem Antrage der bürgerlichen Parteien sollen die Wartezeiten für Saisonarbeiter das Dreifache der schon ohnehin nach ihrem Antrage auf 24 Tage verlängerten Wartezeit betragen.

Alle diese Beschlüsse gehen aber den Unternehmern noch nicht weit genug. Sie haben sich gegen die Beitragserhöhung von ½ % ausgesprochen — dabei haben die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften geholfen — und wollen somit die Fehlbeträge in der Versicherung nicht mit decken helfen, sondern die Unterstützung so weit verschärfen, daß aus dem Aufkommen an Beiträgen die Unterstützungen gezahlt werden, und da nun die aufgekommene Beiträge dafür nicht ausreichen, müssen eben weitere Kürzungen der Unterstützungen eintreten.

Der nunmehr entgegen den Beschlüssen des Sachverständigenausschusses vorgelegte neue Regierungsentwurf sieht vor:

Eine Verlängerung der Wartezeit für Alleinstehende. Die Anrechnung von Wartegeld, Ruhegehalt und Sozialrente.

Die Kürzung der Beiträge an die Krankenversicherung und eine

Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung, wobei die Prüfung der Bedürftigkeit ausschelden soll.

Mit aller Deutlichkeit ist bisher von den freien Gewerkschaften hervorgehoben worden, daß ein Leistungsaufbau bei den Unterstützungen nicht in Betracht kommen kann. Es wird aber noch erheblicher Anstrengungen bedürfen, um die Anschläge der Scharfmacher abzuwehren. Dabei sollte ganz besonders darauf verwiesen werden, daß die dem Unternehmertum zugute gekommenen Steuererleichterungen in den verflochtenen Jahren erst das Loch in den Reichshaushaltsetat gerissen haben. Durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist erst eine gewisse Entlastung im Reichshaushalt eingetreten.

Während das Reich bei dem außerordentlich harten Winter mit seiner großen Arbeitslosigkeit rund 350 Millionen Mark Zuschüsse im letzten Jahre zahlte, wurden vom Reich noch im Jahre 1928 für die Erwerbslosenfürsorge 522 Millionen gezahlt. Die Arbeiterschaft hat von den Steuererleichterungen nur geringfügige Vorteile gehabt. Fast reiflos sind sie dem Unternehmertum zugute gekommen. Jetzt in der letzten Stunde der drohenden Gefahr gilt es, alles aufzubieten, um im Parlament eine befriedigende Lösung dieser schwierigen Unterstützungsfragen bei Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Ganz besonders sind ja unsere Kollegen an diesen Fragen interessiert, weil über die Regelung der Unterstützungen bei Saisonarbeit noch nicht endgültiges bekannt geworden ist.

Bereits kurz nach dem Bestehen der Arbeitslosenversicherung versuchte man für unsere Kollegen eine verlängerte Wartezeit durchzuführen. Wir haben diese Verschlechterungen fast reiflos abwehren können. Im letzten Winter wollte man unsere Kollegen ausschalten und alles in die bereits geschaffene Sonderregelung eingliedern. Auch hier gelang uns die Abwehr für den größten Teil der Kollegen. Jetzt will man einen neuen Zustand schaffen und wir erwarten nach den bisherigen Erfahrungen nichts Gutes für unsere Kollegen. Wir werden unsere Abwehr aber wesentlich steigern können, wenn wir gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften uns allgemein gegen Verschlechterungen wenden und dadurch den Parlamentarier den Rücken steifen. Das wertvollste Kapital, was uns Krieg und Inflation hinterlassen haben ist nur zu schätzen, wenn die Arbeitskraft erhalten und nicht durch Hunger herabgemindert wird.

## Kollegen in Stadt und Land, seid auf dem Posten!

Schmuckkuren im Malergewerbe.

Zur Illustration dieses fruchtigen Kapitels erhalten wir von geschätzter Seite nachstehendes Material:

- Es standen nachstehende Malerarbeiten für eine Hamburgische Behörde zur Berechnung:
a) 230 Stück neue Fenster zu grundieren, zweimal zu streichen und zu lackieren, einschließlich der üblichen Nebenarbeiten. Insgesamt 1924 Quadratmeter zu streichende Fensterfläche.
b) 230 Stück alte Fenster von außen reinigen, verkitzen, zweimal weiß streichen und weiß lackieren, insgesamt 767 1/2 Quadratmeter zu streichende Fensterfläche.

Und nun das Ergebnis der Ausschreibung: Die Ausführung obiger Arbeit boten die nachstehenden Malermeister zu folgenden Preisen an:

- Ausschreibung von 230 Winterfenstern für das Warmbeker Krankenhaus: 1. R. Lewin 1399,90 M.; 2. R. Peters 1948; 3. W. Sörensen 2386; 4. O. Zimmermann 2458; 5. J. M. Loch 2582; 6. A. Franz 2899; 7. W. Jansen 2880,80; 8. „Kansa“ 3000; 9. Th. Necker 3248; 10. W. Büchstedt 3222,20; 11. S. Wegner 3596; 12. M. Conrad 3722; 13. F. Wagner 3825; 14. Ucke & Brunotte 3886,28; 15. P. Ritter 4210; 16. W. Gerloff 4437,50; 17. C. Feuer 4461,80; 18. C. W. Müller 4880; 19. R. Wobben 4985,50; 20. F. Jansen 5005; 21. Malerei-Gesellschaft 5800; 22. Säding 5830; 23. R. F. Schlüter 5993; 24. Philipps 8065,28; 25. R. Wilke 9200.

Nach dem hier geltenden vereinbarten Leistungsstarke kann die Arbeit in insgesamt 1933 Stunden ausgeführt werden, das entspricht einer Lohnsumme von 2880 M. Hierzu kommen die allgemeinen Geschäftskosten sowie der Materialverbrauch, einschließlich eines bescheidenen Gewinnes, ohne den niemand bestehen kann. Nun aber das Angebotsergebnis. Der Arbeitgeber des ersten Angebots, mit einer Summe von 1399,90 M. wird sich verrechnet haben und hat auch sein Angebot zurückgezogen. Über der nächste und eine große Anzahl der weiterhin folgenden können ebenfalls nicht rechnen und besitzen nicht das aller-notwendigste Wissen, das zur Aufstellung einer einwand-freien Kalkulation erforderlich ist. Oder sollte der eine oder andere der Anbieter mit den niedrigen Angeboten doch rechnen können? Wenn ja, dann ist es noch schlimmer, sie machen sich dann ganz besonders der Schmuckkuren schuldig; schädigen sich und das gesamte Malerhandwerk.

Denn die notwendige Folge ist doch, daß er nur das allerbilligste Material verwenden kann, daß er seine Gehilfen antreiben muß, die unter diesen Umständen natürlich nur Puscharbeit liefern können. Selen es private Auf-traggeber oder sei es der Staat, handwerksgerechte Arbeit wird nirgends geliefert werden können, und die trotz der niedrigen Preise Geschädigten sind die Auftraggeber be-ziehungsweise die Steuerzahler. Nur ganz selten wird von den Behörden zugegriffen, um einen Malermeister, der Puscharbeit ausführt, zur Verantwortung zu ziehen.

Dürfen nun diese Zustände so bestehen bleiben? Nein, jeder denkende Handwerksmeister muß helfen, sie zu be-seitigen; durch Aufklärung der Rundschau und besonders auch Aufklärung jener Beamten des Staates, die die Ver-gebung der Arbeiten in der Hand haben. Weiter muß endlich vom Staat die Kontrolle aller Staats-arbeiten durch berufliche Sachverständige zugelassen werden.

Über auch an die Farblieferanten muß appelliert werden, daß sie nicht länger als vier Wochen Kredit gewähren sollten. Jeder Lieferant sehe sich recht-zeitig seine Kunden an, einmal, um sich nicht selbst finanziell zu schädigen und zum andern, um zu verhindern, daß das Malerhandwerk seines Ansehens noch weiter verlustig geht. Tarife und Vereinbarungen, die zwischen den Organisa-tionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, müssen grundsätzlich gehalten werden während man sie heute oftmals zu umgehen sucht. Absolut nicht unschuldig hieran sind natürlich auch jene Gehilfen, die keiner Organisation ange-hören, da sie durch ihr Verhalten die Schmuckkuren nur fördern können.

Sollte es übrigens nicht möglich sein, daß sich trotz der vielfachen vergeblichen Bemühungen in Handwerkskreisen, alle Beteiligten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmerorganisa-tionen, die Auftraggeber, Behörden, ganz besonders auch die Architekten und privaten Auftraggeber zusammen-finden, um durch gemeinsame Vorkehrungen eine erfolg-reiche Bekämpfung derartiger Methoden zu erzielen?

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Abendkuren.

Von Fritz Fricke.

Unverkennbar befindet sich das gewerkschaftliche Bildungswesen im letzten Jahre in aufsteigender Ent-wicklung. Eine Reihe von großen Verbänden veranstalten für ihre Funktionäre in regelmäßigem Turnus zentrale Kurse, die der Ausbildung im Arbeitsrecht, Tarifwesen und in wirtschaftlichen Dingen dienen.

Der Bundesvorstand des ADGB hat ein Bildungs-sekretariat geschaffen und wird in den nächsten Monaten eine eigene Bundeschule eröffnen, die ebenfalls der Funk-tionärausbildung dienen und zu diesem Zweck zur Ver-fügung gestellt werden soll.

Daneben bestehen die staatlichen oder die vom Staate unterstützten Anstalten. Für Preußen die Akademie der Arbeit und die beiden Wirtschaftsschulen. Sachsen, Thüringen und eine Reihe anderer Bundesstaaten des Reiches haben ähnliche Einrichtungen zur Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre geschaffen. Die Zahl der Ge-werkschafter, die auf diese Weise alljährlich für eine Reihe von Wochen bis zu neun Monaten geschult wird, ist sehr groß und hat sicherlich das erste Tausend längst über-schritten.

Mit dieser Zahl ist zugleich dargelegt, daß die Gewerk-schaftsbewegung mit ihren rund fünf Millionen Mitgliedern trotz der zentralen Kurse und Schulen auf einen Zweig der Bildungsarbeit nicht verzichten kann und nicht ver-zichten will, der seit rund einem Jahrzehnt sich heraus-gebildet hat. Er umfaßt die Abendkurse und

Vorträge der örtlichen Organe des ADGB, oder seiner Verbände. Es gibt keine Ortsgruppe irgendeines Verbandes im Deutschen Reich und kaum einen Ortsausschuß des ADGB, der nicht in jedem Jahre zumindestens eine Anzahl von belehrenden Vorträgen in seinen Versammlungen halten läßt. Immer mehr hat sich dabei herausgebildet, daß nicht nur schlechtin „belehrende“ Themen dafür gewählt werden, sondern daß man sich dabei in der Hauptsache auf solche Vorträge beschränkt, die für die praktische Tätigkeit der Gewerkschafts- und Arbeiter-bewegung auf sozialpolitischem, wirtschaftlichem Gebiete von Wichtigkeit sind. Diese örtliche Bildungsarbeit innerhalb des ADGB ist bisher zahlenmäßig nicht erfasst worden. Sie wird besonders in den letzten Jahren stark gefördert und unterstützt durch die Bezirksausschüsse und Bezirks-sekretäre des Bundes, die vom Vorstand zu diesem Zwecke jährlich eine bestimmte, gar nicht zu knapp bemessene Geld-summe zur Verfügung gestellt bekommen. Dadurch sind die kleinen Gewerkschaftsorte besser als früher in die Lage versetzt, gewerkschaftliche Bildungsarbeit im modernen Sinne zu treiben. Die großen Ortsausschüsse, besonders die der ausgesprochenen Großstädte, begannen schon um die Jahre 1919 bis 1920 herum, zum Teil unterbrochen in der Inflation, seitdem aber wieder kräftig auflebend, eigene, zum Teil ganz systematisch aufgebaute Gewerkschaftsschulen zu schaffen.

In Hamburg veranstaltet der Ortsausschuß regel-mäßig nach einem bestimmten Plan gegliederte Lehrgänge für Betriebsräte, Kln hat sein Gewerkschaftsseminar, München sein Arbeiterbildungskartell, Leipzig das weltbekannte Arbeiter-Bildungs-Institut usw. In Berlin besteht seit 1919 die Berliner Gewerkschaftsschule, die vom Ortsausschuß des ADGB und vom Ortskartell Berlin des Afa-Bundes gemeinsam unterhalten wird. Ohne Berlin besonders hervorzuheben, darf man sagen, daß diese Schule unter den neueren Arbeiterbildungsanstalten nicht nur die älteste ist, sondern auch den geschlossensten Lehrplan entwickelt hat. Dieser Plan gliedert sich in drei Stufen. Die Unterstufe umfaßt im allgemeinen Einführungskurse zur Orientierung der Hörer über ihren Bildungsplan. Die Mittelstufe gliedert sich in bestimmte Arbeitsgebiete, Volkswirtschaft, Betriebslehre, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Ge-werkschaftswesen. Auf jedem dieser Lehrgebiete wird in jedem Jahre je eine Arbeitsgruppe für Anfänger und eine Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene durchgeführt. Es wird dabei darauf geachtet, daß die Hörer möglichst nur eine solche Arbeitsgruppe belegen, weil sie der praktischen Funktionstätigkeit in den Verbänden nicht entfremdet werden sollen und weil man es für zweckmäßig hält, die Kurssteilnehmer zu veranlassen, lieber ein Lehrgebiet gründlich zu bearbeiten, als auf verschiedenen Gebieten hier und da halbe Weisheiten aufzuschnappen. Die An-fängergruppe läuft von Oktober bis Juni und um-faßt dabei rund 40 Abende. Daran schließt sich ab Oktober die Fortschrittsgruppe, die wieder bis Juni nächsten Jahres läuft. Jeder ordentliche Lehr-gang dieser Mittelstufe umfaßt also rund zwei Arbeitsjahre mit rund 80 Unterrichtsabenden. Eine Auswahl der Hörer dieser Gruppen kann nach dem Abschluß der Mittelstufe in die Seminare übergehen. In diese Seminare werden allerdings auch Hörer aufgenommen, die ihre Vor-bildung an andern Bildungsinstituten oder sonst irgendwie gestaltiger, ihre Verantwortung immer weitgehender. Es scheidet, mindestens aber beträgt sie ein Jahr, in den meisten Fällen weitere zwei Jahre.

Diese Abendveranstaltungen und Abendkurse leiden selbstverständlich an gewissen Mängeln. Sie werden nur von Hörern besucht, deren Lernfähigkeit bereits durch den acht- oder neunständigen Arbeitstag in einem gewissen Maße absorbiert ist. Das bringt natürlich eine gewisse Erschwerung des Unterrichts mit sich. Andere Mängel ergeben sich daraus, daß fast alle Hörer ihre Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung beibehalten und dadurch ge-legentlich an der Wahrnehmung des einen oder andern Abends gehindert werden. Störungen dieser Art treten bei den sich auf wenige Wochen beschränkenden zentralen Kursen der Verbände und bei den staatlichen Anstalten nicht auf, weil da die Schüler während der Kursdauer aus der Berufsarbeit herausgenommen werden und sich völlig auf die geistige Arbeit konzentrieren können. Aus-geglichen können die den Abendkursen anhaftenden Mängel werden durch besonders sorgfältigen Aufbau des Lehr-planes, durch stärkste Konzentration auf das für die prak-tische Tätigkeit notwendige Wissen und besondere päd-a-gogische Geschicklichkeit der Lehrkräfte. Die örtliche Bildungsarbeit in den Abendveranstaltungen und Abend-kursen wird jedoch nie zu entbehren sein. Die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre wächst von Jahr zu Jahr. Ihr Aufgabengebiet wird immer komplizierter und viel-gestaltiger, ihre Verantwortung immer weitgehender. Es ist unmöglich, die hunderttausende aller deutschen Gewerk-schaftsfunktionäre durch Ferien- oder Internatskurse hin-durchgehen zu lassen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Mängel des Abendunterrichtes in Kauf zu nehmen, um auch die Masse der Funktionäre mit dem geistigen Rüstzeug zu versehen, das sie brauchen, um ihre Gewerk-schaftskämpfe in den Betrieben führen zu können.

Wir weisen darauf hin, daß die Berliner Gewerk-schaftsschule vom 14. Oktober an mit ihrem neuen Unterrichtsabschnitt beginnt. Die Berliner Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Prospekte der Schule und Hörerkarten bei unserer Berliner Filiale oder im Büro des Ortsausschusses einfordern können.

Berufsunfälle

Bremen. Am 3. August verunglückte unser Kollege, der 67jährige Lackierer Jakob Wacker, bei der Firma S. W. Lancken in der Hauptwerkstätte der Bremer Straßenbahn beschäftigt. Durch Fehltritt oder Ausrutschen stürzte er vom Dach eines Straßenbahnwagens, wodurch er einen Beckenbruch und innerliche Verletzungen erlitt, an deren Folgen er am 8. August im Krankenhaus starb.

Hamburg. Der Malerlehrling Georg Meyer erlitt Mitte Juli dadurch einen Unfall, daß er mit einer Anlegeleiter abrutschte. Er brach ein Bein und mußte ins Krankenhaus überführt werden.

München. Bei Erneuerungsarbeiten in Schulhäusern kürzten ab: der bei der Firma Salger beschäftigte Kollege Leonhard Brähler; er zog sich einen Knöchel-bruch zu und mußte ins Krankenhaus gebracht werden; und die Kollegen Anton Willmann und Christian Goller, bei der Firma Paul Vogel tätig; während sich Willmann durch Abspringen vor Schäden hätte konnte, zog sich Goller eine Beckenfraktur zu. In beiden Fällen erfolgte der Abbruch von einem über zwei Metern gelegten Brett. Unsere Kollegen müssen immer wieder zur größten Vorsicht bei solcher Arbeitsweise ermahnt werden, handelt es sich doch um ihr höchstes Gut, um ihre Gesundheit.

Baugewerbliches

„Soziale Bauwirtschaft“. In der sechsten erschienenen Nummer 16 der „Sozialen Bauwirtschaft“ (monatlich zwei Hefte, Bezugsgebühr vierteljährlich 2,25 M., Einzelheft 90 Pf.) wird über die Angliederung eines neuen Baustoff-produktionsbetriebes berichtet. Der Bauhüttenbetriebsverband Rheinland in Kln hat in der Eifel mit der Produktion von Bimssteinen begonnen. Die genannte Zeitschrift berichtet über die vulkanische Herkunft des Bimssteines und seine Verarbeitlung zu Leichtsteinen. Sie fordert die Bauhütten auf, ihren Bedarf an Leichtsteinen aus der eigenen Pro-duktion des Bauhüttenbetriebsverbandes Rheinland zu decken. Weiter enthält die vorliegende Nummer den Schluß eines Aufsatzes von Rechtsanwalt Dr. Franz Neumann über die soziale und ökonomische Bedeutung des Privateigentums und die Bauhütten. Neumann führt darin aus, daß die Herrschaft, die die Besitzer der Produktionsmittel in der Privatwirtschaft über die arbei-tenden Menschen ausüben, bei den Bauhütten aufgehoben sei, weil bei ihnen die Produktionsmittel im Besitz der Gewerkschaften, also indirekt im Besitz der Arbeiter selber seien. Aus der Statistik über die Beschäftigung der sozialen Baubetriebe im ersten Halbjahr 1929 geht hervor: Im ersten Halbjahr 1929 wurden durchschnittlich 14 988 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres die durchschnittliche Be-schäftigungszahl 16 108 betrug. In den letzten Monaten war dagegen die Zahl der Beschäftigten bedeutend höher als im Vorjahr. So waren im Juni 1929 in 192 Betrieben 23 068 Personen beschäftigt gegenüber 20 288 im Vorjahr. Von Adolf Otto enthält die Nummer einen Aufsatz über die gesetzliche Regelung des Bauparwesens. Die vom Reichs-arbeitsministerium vorgesehene behördliche Regelung und Beaufsichtigung des Bauparwesens ist sehr zu begrüßen. Nur zu oft haben die Sparer träge Erfahrungen mit neu gegründeten zweifelhaften Bauparkassen machen müssen. Auch einen Bericht über das neu eröffnete Schulheim des Deutschen Baugewerksbundes am Werlsee bei Berlin mit Abbildungen wie noch andere beachtenswerte Notizen ent-hält die vorliegende Nummer.

Sozialpolitisches

Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Reichsmehrpfe für Lebenshaltungskosten ist im Monat Juli um 0,7 % auf 154,4 % gestiegen. Dies ist fast ausschließlich auf die Entwicklung der Ernäh-rungsaussagen zurückzuführen. Namentlich haben die Preise für Fleisch und Fleischwaren, Eier, Milch und Milch-erzeugnisse angezogen. In der Reichsindexziffer spielen auch die gestiegenen Preise für Brot und Mehl eine Rolle. Die Veränderung gegenüber dem Vormonat beträgt hier 0,9 %.

Table with 5 columns: Monat, Gesamte Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100), Ernährung, Beteil-dung, Heizung und Beleuchtung, Sonstige Kosten (einschl. Verkehr). Rows for April 1929, Mai 1929, Juni 1929, Juli 1929.

Die Gemüsepreise sind demgegenüber gesunken. Bei den übrigen Bedarfsgruppen ist zu erwähnen, daß die Schutzpreise etwas gesunken sind. Die Kosten für Haus-brandkohle erfuhren eine Steigerung.

Der Tarifgedanke marschiert.

Vom Reichsstatistischen Amt werden über die Anfang Januar 1928 bestehenden Tarifverträge nähere Mitteilun-gen gemacht. Am 1. Januar 1928 waren im gesamten Reichsgebiet 8178 Tarifverträge in Geltung, die zusammen 912008 Betriebe und 12267440 Arbeit-nnehmer umfaßten. Gegenüber dem Vorjahre ist dies eine Zunahme der Tarifverträge um 9,2 %, der an diesen beteiligten Betriebe um 13 % und der beteiligten Arbeit-nnehmer um 1297320 oder 11,8 %. Durch diese günstige Entwicklung fand eine Annäherung an die Zahl der Tarif-verträge statt, die in den günstigsten Jahren von 1921 bis 1924 bestanden. Zu der günstigen Entwicklung hat die Konjunktur im Jahre 1927 zweifellos beigetragen. Nicht ohne Einfluß war auch das in den Berichtszeitraum fallende Inkrafttreten des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927, das den Tarifverträgen für die Gestaltung der Arbeitszeit erhöhte Bedeutung gab. Unter die Tarif-verträge fielen 1146216 männliche Angestellte und 495076 weibliche, ferner 811428 männliche Arbeiter und 2510820 weibliche. Bei den Angestellten war eine geringe Ab-nahme um 0,7 % und bei den tarifbeteiligten Arbeitern eine Zunahme von 14,1 % zu verzeichnen. Die Zunahme war nicht zuletzt auf das Zustandekommen des Reichs-manteltarifs im Baugewerbe zurückzuführen. Am 1. Ja-nuar 1928 bestanden 80 Reichsttarife mit 97527 Be-trieben und 1686450 Arbeitnehmern, ferner 2970 Be-zirksttarife mit 682300 Betrieben und 9,4 Millionen Arbeitern. Ortsttarife bestanden 2239 mit 125757 Be-trieben und 717884 Arbeitern. Daneben bestanden 2889 Firmenstarife mit 6332 Betrieben und 443758 Ar-

leitern. Der übergroße Teil der Betriebe und der Arbeit-nehmer wird also von den Bezirkstarifen erfasst. Auf die Reichs- und Bezirkstarife entfallen 90,5 % tarifbeteiligte Arbeiter und Angestellte. Die größte Zahl der Tarife, nämlich 84,7 %, entfällt auf Tarifverträge bis zu 1000 Arbeit-nehmern. Tarifverträge, die mehr als 100 000 Arbeiter umfassen, bestanden 13, an denen aber 24,1 % der gesamten tarifbeteiligten Arbeitnehmer beteiligt waren. Von Inter-esse dürfte noch sein, daß von den bestehenden Tarif-verträgen 1829 für allgemeinverbindlich erklärt wurden.

Aus diesem Zahlenwerk ergibt sich die Tatsache, daß der Tarifvertragsgedanke markiert. Immer mehr Arbeit-nehmer und Angestellte werden von den Tarifverträgen erfasst. Daraus müßte sich eigentlich ergeben, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger auch eine stärkere Aktivität für diejenigen Faktoren entfalten, denen sie diese günstige Entwicklung zu verdanken haben: den Gewerkschaften. Daß es hieran in sehr vielen Fällen hapert, bedarf keiner näheren Darlegung.

### Arbeiterversicherung

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für die Krankenfürsorge.

Es wird in der Regel weniger beachtet, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht allein in geld-lichen Unterstützungen bestehen, sondern auch namhafte Mittel für die Krankenversicherung aufgewandt werden. Jeder Arbeitslose wird bekanntlich gegen Krankheit weiter-versichert. Dadurch wird dem Arbeitslosen ein faktisch gültiger Rückhalt gewährt. Wie hoch die Leistungen der Arbeits-losenversicherung für die Krankenversicherung sind, geht aus einer Mitteilung hervor, die wir im Bericht des Landesamtes für Arbeit und Wohlfahrt in Rheinland vom 19. Juli finden:

Die Verwaltung und Durchführung der Arbeitsver-mittlung, Berufsberatung, Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung erforderte in den Monaten April, Mai, Juni einen Verwaltungsaufwand von 2,5 Millionen Mark, das sind 6,31 % der Gesamtausgaben, die 39,64 Mil-lionen Mark betragen. Höhere Ausgaben als die Ver-waltungskosten verursacht die Krankenversicherung der Arbeitslosen. In den drei Monaten April, Mai und Juni wurden 3,2 Millionen Mark an Beiträgen zur Krankenversicherung für die Arbeitslosen aufgewandt, bei einem Unterstützungsaufwand in der Arbeitslosenver-sicherung von 26,4 Millionen Mark; mithin betragen die Kosten der Krankenversicherung 12,3 % des Unterstützungsauf-wandes. Im Rechnungsjahr 1928, also in 12 Monaten, betrug der Unterstützungsaufwand in der Arbeitslosenversicherung 109 Millionen Mark und die Krankenkassenbeiträge 13,27 Millionen Mark, das sind fast 14 %. Vor dem In-krafttreten des Gesetzes waren die Kosten der Kranken-versicherung der Arbeitslosen sehr verschieden. Sie schwankten zwischen 6 % des Unterstützungsaufwandes bis 15 %. Die Sach- und Barleistungen der Krankenver-sicherung beliefen sich bei einem großen Arbeitsamt auf 6 bis 7 % des Unterstützungsaufwandes. Ähnlich dürfte es auch in andern Arbeitsämtern sein.

Aus dem obigen Zitat ist ferner ersichtlich, wie hoch der Unkostensatz für die Verwaltung ist. Das Landesamts-amt Rheinland wendet hierfür 6,31 % der Gesamtausgaben auf. Die Kosten der Krankenversicherung sind nicht gering. Sie sind notwendig, weil auch der Arbeitslose gegen Krankheit geschützt sein muß. Immerhin wäre es gut, wenn diese Aufwendungen Beachtung fänden.

### Gewerbe- und soziale Hygiene

Gewerbehygienischer Vortragskursus in Heidelberg.

Im Anschluß an ihre diesjährige Jahreshauptver-sammlung veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in der Zeit vom 19. bis 21. Sep-tember in Heidelberg einen allgemeinen gewerbehygienischen Vortragskursus mit Referaten über allgemeine Fra-gen und Grundsätze der Gewerbehygiene, Rationalisierung und Gewerbehygiene, Bedeutung der Technik und der technischen Fortschritte für die Gewerbehygiene, elek-trische Unfälle und ihre Verhütung, ge-werbliche Staubschädigungen, gewerbliche Vergiftungen, gewerbliche Lärm-schädigungen und Arbeitsschutz für Frauen und Ju-gendliche; außerdem sind Besichtigungen gewerblicher Betriebe vorgesehen. Nähere Auskunft erteilt die Ge-schäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Pfalz der Republik 49.

### Berichtenswertes

222 Arbeitnehmerzeitungen in Berlin.

Daß die Presse der Arbeiter, Angestellten und Be-amten heute bereits eine wichtige Rolle spielt, braucht an dieser Stelle nicht mehr betont zu werden. Namentlich die Gewerkschaftspresse gewinnt immer mehr an Ansehen und Bedeutung. Früher kannte man nur die Tagespresse; was daneben herauskam, war für die große Öffentlichkeit ein-fach nicht vorhanden. Aber Pressezeugnisse wie die Ge-werkschaftszeitungen und Fachblätter, die in fünf bis sechs Millionen Exemplaren erscheinen, lassen sich natürlich nicht übergehen. Erkannt ist man, wenn man hört, daß unter den in Berlin erscheinenden 2486 Zeitschriften und 147 Zei-tungen 222 Zeitungen oder Zeitschriften sind, die die Arbeiterinteressen vertreten. Die „Berliner Wirtschafts-berichte“, deren Nummer 10 wir diese Angaben entnehmen, bemerken zu der Aufstellung folgendes: „Bei der Wichtigkeit der Arbeitnehmerbewegung für das Staats- und Wirtschaftsleben schien es gerechtfertigt, für diese Art von Zeitschriften eine besondere Gruppe einzurichten. Ein-zelne Blätter, die ausgesprochen für Arbeitnehmer heraus-gegeben werden, sind hier ebenfalls eingerechnet.“ Von den 222 Blättern erscheint 1 täglich, 2 wöchentlich zwei- bis

# CARL LEGIEN

## EIN GEDENKBUCH VON THEODOR LEIPART

Carl Legien starb im Dezember 1920. Bald 10 Jahre sind seit seinem Tode verstrichen, aber Carl Legiens Name bleibt unvergessen. Jeder einzelne stand diesem großen Führer der Gewerkschaftsbewegung einmal persönlich nahe, jeder weiß etwas von ihm zu berichten, jeder hat ihn einmal persönlich gesehen und die meisten kennen doch nicht die Einzelheiten seines arbeitsreichen und sorgenvollen Lebens. Keiner kannte ihn aber so gut als sein bester Freund Theodor Leipart, der uns jetzt in einem 187 Seiten umfassenden Gedenkbuch Carl Legiens Leben und Schaffen schildert, daß wir es in seinen frohen und ernsten Stunden so kennen lernen, als wenn er es uns selbst erzählte.

In Leinen gebd. statt 6,00 RM. zum Organisationspreis 4,50 RM. Kartonierte statt 5,00 RM. zum Organisationspreis 3,75 RM.

Bestellungen nehmen unsere Ortsverwaltungen und der Verlag unseres Fachblattes DER MALER - Hamburg 36, Alster-Terrasse 10, entgegen.

fünfmal, 31 wöchentlich einmal, 68 monatlich zwei- bis drei-mal, 115 monatlich einmal, 2 weniger als monatlich ein-mal und 3 erscheinen zwanglos. Die Richtigkeit dieser Angaben vermögen wir natürlich nicht nachzuprüfen. Die stärkste Gruppe unter diesen Zeitschriften ist aber wohl die Presse des ADGB. Nach einem oberflächlichen Ueber-schlag geben die Arbeitergewerkschaften, die in Berlin ihren Sitz haben, 54 Zeitungen und Zeitschriften heraus. Dazu kämen die Gewerkschaften des Afa-Bundes, des Allge-meinen deutschen Beamtenbundes, so daß wohl die frei-gewerkschaftliche Presse der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit rund 90 Blättern vertreten sehr dürftig ist. Das ist nicht nur die größte Gruppe der Arbeitnehmerzeitungen, sondern die größte Presse-macht Deutschlands überhaupt. Daneben geben die meisten Gewerkschaften in Berlin noch Mitteilungsblätter an ihre Mitglieder her-aus, die aber in der obigen Zusammenstellung nicht ent-halten sein dürften. Jedenfalls ist die Presse der Hand- und Kopfarbeiter eine Großmacht, sie kann heute weder bei öffentlichen Betrachtungen noch überhaupt übergangen werden.

### Fachliteratur

Unser Jahrbuch für 1928.

erschien. Es ist, wie die schon früher herausgegebenen Jahrbücher, ein unentbehrlicher Führer und Wegweiser für alle in der Organisation tätigen Kollegen. Beginnend mit einem Ueberblick über die Gesamtwir-schaftslage 1928 behandelt es eingehend die Ver-hältnisse auf dem Baumarkt, im Maler- und im Lackierergewerbe. Einen großen Raum nimmt die Berichterstattung über die Tarif- und Lohnbewegungen ein, die durch viele Tabellen vorzüglich unterstützt wird.

Die Hauptaufgabengebiete des Verbandes werden in besonderen Abschnitten behandelt. Die Mit-gliederbewegung, die Kassenverhältnisse, das Unterstützungs-wesen und die wichtigsten Tagungen der höchsten Instanzen unseres Verbandes werden ebenfalls übersichtlich dargestellt. Daneben kann sich jeder Interessierte über die Verhältnisse der Arbeitgeberorganisationen im Malergewerbe und der anderen Hilfsorganisationen aus dem Jahrbuch informieren.

Einige Abbildungen und graphische Dar-stellungen vervollständigen den wertvollen Inhalt des Buches.

Das Jahrbuch gehört in die Hand jedes Kollegen. Da-mit die Anschaffung nicht an der Kostenfrage zu scheitern braucht, ist der Preis für das 121 Seiten enthaltende Buch für Mitglieder auf 50 ¢ festgesetzt. Der Ladenpreis beträgt 3 M.

Kein Mitglied sollte versäumen, sich das Jahrbuch für 1928 bei seiner Filial-verwaltung zu bestellen!

### Literarisches

„Der Beamte“. Von dieser neuen wissenschaftlichen Beamten-zeitschrift ist soeben das Heft 3 von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H. in Berlin W 35 herausgegeben. Die nunmehr vorliegenden drei Hefte bringen auf 200 Druckseiten eine Fülle von Material zur Beurteilung aller beamtenpolitischen Fragen. Schon heute kann behauptet werden, daß die neue wissenschaftliche Beamtenzeitschrift für den Beamtenbewegungsführer unentbehrlich ist. Uns ist keine Zeitschrift auf dem Gebiete der Beamtenbewegung bekannt, in

der von Vorkämpfern und Wissenschaftlern, die an hervorragender Stelle im öffentlichen Leben wirken, in so umfassender und tief-schürfender Weise zu den Beamtenproblemen Stellung genommen wird. Aber auch für den Behördenapparat wird sich diese wissen-schaftliche Beamtenzeitschrift als ein sehr wertvolles Informations-organ erweisen. Aufträge, wie zum Beispiel „Ein neues Beamten-bildungsprogramm tut not“ und „Beamtenpolitik und Ver-waltungsreform“ müssen von den Behörden, die sich mit diesen Problemen berufsmäßig zu beschäftigen haben, einfach beachtet werden. — Der Abonnementpreis stellt sich pro Jahr auf 10 M., kann aber auch in Vierteljahresraten je 2,50 M. eingekauft werden. Die im Dies-Verlag erscheinende Unterhaltungszeitschrift „Frauenwelt“ bringt in ihrem neuesten Heft Nr. 16 wiederum neben reichem und interessanter Bildausstattung reichlichen und vielseitigen Textinhalt. Der Heft enthält eine Umgestaltung durch stärkere Einführung eigener Frauenmoden erfahren, ergänzt durch solche Wiener Moden, und dürfte nunmehr legiti-men Ansprüchen genügen. Kein bürgerlicher Verlag kann zu ähnlich billigem Preis solch reichen und anregenden Unterhaltungsstoff bieten.

Maßgeber für die Invalidenversicherung. Von Friedrich Quatmann, Kontrollinspektor, Heft 6 von Worbels Schlüssel-büchern, 16. Auflage, 106, bis 110, Tafelnd. 48 Seiten, Verlag Friedrich W. Worbels, Leipzig C. 1, Königstraße 26 B. Einzelpreis 70 ¢, bei Partibelieferungen von 10 Stück an Ermäßigungen. — In fünf Abschnitten werden die verschiedenen Arten der Ver-sicherung (Widw., Selbst-, Welter- und Höherversicherung), die Beitragzahlung und die Leistungen übersichtlich und klar er-örtert. Die vom 1. Oktober 1920 an in Kraft tretenden Er-höhungen der Renten sind bereits berücksichtigt, so daß die Neu-aufgabe auch in Bezug auf rasche Anpassung an den neuesten Stand der Gesetzgebung den alten Auf von Worbels Schlüssel-büchern wahr.

Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden. Heraus-gegeben vom Bund der Freunde der Sowjetunion. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Preis 2,50 M., in Ganzleinen gebunden 3,50 M. — Das Buch enthält die Friedens- und Abrüstungsverschlüsse der Sowjetregierung an die Regierungen der Länder Europas, Amerikas und Asiens. Herr-liche Worte sind in diesen Dokumenten für den Frieden und gegen den Krieg geprägt. Leider zeigt uns die Wirklichkeit ein anderes Bild, wenn man den schönen Worten die Taten gegenüberstellt.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wir-tschafsstunde. Herausgeber: Theodor Leipart, Verlagsgesell-schaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin. Abonnementpreis vierteljährlich 3,50 M., für Organi-sationsmitglieder 2,85 M. Im vorliegenden Heft der Zeitschrift beschäftigt sich Dr. Kurt Bloch mit der Verteilung der Dividendenüberschüsse, Vladimir Bonin bringt eine interessante Statistik über die Tarifverträge in Deutschland, Dr. Georg Wiatom einen Artikel zur Statistik des kollektiven Arbeitsrechts, Clemens Rörpel schreibt über die Veränderung des Vereinsgesetzes, und Dr. Jubilius Grünfeld über das Lohnproblem der Arbeiterin. — In der Rundschau der Arbeit wird über Neuordnung der Land-wirtschaftskammern, über die Novelle zum Handelsgesetzbuch be-richtet und außerdem eine ausführliche Sachverhaltsübersicht über wirtschaftliche Fragen betreffende Wähler gegeben.

Manfred K. Note: Im Fluge durch Literatur und Kunst in der Weltgeschichte. Verlag „Im Fluge durch“, München, Ebnstraße 1. Preis 2,50 M. — Die Herausgabe dieses Buch-leins ist ein guter Gedanke von einem Mann der praktischen Arbeit. Es wendet sich nicht an Fachleute, sondern an die Bil-dungshungrigen im Volke und gibt denen, die „keine Zeit“ haben, in knapper Form alles Wesentliche; denen aber, die wenig Geld haben, gibt es viel Wissen. Das recht praktisch angelegte Buch gibt dem sich wildenden Arbeiter all das, was ihm die Seele nicht gab und was man nun einmal wissen muß, wenn man die Kultur verstehen will; die Kulturvölker Asiens und der Wirt-schaftskammer, die Philosophen der Griechen und Römer, ihre un-fernbaren Dichter und Künstler, Philosophen und Dramatiker leben an dem Leser vorüber. Die Poesie und Kunst des Mittel-alters, der Renaissance erleben und Englands, Frankreichs, Russlands, der nordischen Länder Literatur und Kunst zeigt sich dem erkenntnisdürstigen Auge, Deutschlands großes Goethe- und Schillerreich öffnet seine Tore. Möge das Buch einen großen Werttreib in den Arbeiterfamilien haben; seine Verbreitung ist eine wertvolle Hilfe im Streben nach Bildung und Wissen.

Vom 26. August bis 1. Sept. ist die 35. Beitragswoche Vom 2. Sept. bis 8. Sept. ist die 36. Beitragswoche

### Sterbefälle.

Bremen. Durch Unfall starb am 8. August unser lang-jähriges Mitglied, der Lackierer Jakob Vetter im Alter von 67 Jahren. Dresden. (Zahlstelle Kößchenbroda.) Am 17. August starb unser treuer Kollege Bruno Berger nach 20-jähriger Mitgliedschaft im Alter von 37 Jahren. Görlitz. Am 9. August starb unser treuer Kollege Richard Weber im Alter von 60 Jahren an Lungenleiden. Wiesbaden. (Zahlstelle Wehen.) Am 3. Juni verschied durch Freitod unser junger Kollege Wilhelm Müller im Alter von 19 Jahren. — (Zahlstelle Sonnenberg.) Am 21. Juni starb unser Jungkollege Moritz Pfeiffer im Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose. — (Zahlstelle Viebrich.) Am 17. Juli starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege Johann Wenicker im Alter von 33 Jahren an Lungentuberkulose. — (Zahlstelle Rambach.) Am 31. Juli starb unser treuer Kollege und Mitbegründer der Filiale, August Müller I, im Alter von 62 Jahren an Leberkrebs. E. h. r. e. m. U. n. d. e. n. k. e. n. n. i. s. t. !

# MALERGESCHAFT

mit guter Landkundschaft ist Krankheits-halber sofort zu verkaufen. (Provinz Hannover.) Erforderlich

## 500 Mark in bar.

Es wollen sich nur junge, strebsame An-fänger melden, oder solche, die es werden wollen. Wohnung vorhanden. Offerten unter G. 200 an die Expedition des „Maler“, Hamburg 36.

Fernunterricht über Malerbuchführung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufshörung. Franz Wenzel, Raunhof b. Leipzig.